

Mit ihrem Antrag zur Verbesserung der Bedingungen für deutsche Fachkräfte am Arbeitsmarkt stachen die Nationalen erneut in ein Wespennest.

Seite 2



"Unsere Stärke ist unser geschlossenes Auftreten" - Der Ordnungsruf im Gespräch mit dem Vorsitzenden der NPD-Fraktion im Landtag von MV, Udo Pastörs

Seite 3

Sonderblatt "Fünf Jahre NPD-Landtagsfraktion"

Der Ordnungsruf

Mitteilungsblatt der NPD-Landtagsfraktion in Mecklenburg-Vorpommern

www.npd-fraktion-mv.de



Jahre fundamentale Oppositionsarbeit FÜR FAMILIE, VOLK UND HEIMAT

Mit knallharter Politik für deutsche Interessen und für Mecklenburg-Vorpommern hat die NPD-Fraktion den Altparteien gehörig zu schaffen gemacht. Aus purer Angst vor der Fraktion der Nationaldemokraten hat der sogenannte demokratische Block sogar die geheimen Abstimmungen im Landtag abgeschafft, weil man offenbar befürchtete, daß bei geheimen Abstimmungen der ein oder andere aus ihrem Lager mit der NPD abstimmen könnte. Mit einem ungeheueren Finanzaufwand wird im ganzen Land Front gegen die NPD-Fraktion gemacht. Oberstes Ziel der Landespolitik in diesem Jahr sei sogar, so wird hinter den Amtstüren gemunkelt, den Wiedereinzug der NPD in den Landtag zu verhindern.

Mit übelsten Verleumdungen agierte der politische Feind. Alle Angriffe auf den Bestand und die Geschlos-



senheit der nationalen Oppositionsfraktion konnten durch Umsicht und weitsichtiges Handeln vom Fraktionschef Udo Pastörs abgewehrt werden. Die Gegner fürchten die Redegewandtheit und den scharfen analytischen Verstand des NPD-Fraktionsvorsitzenden. Im ganzen

Land kümmern sich die nationalen Abgeordneten um die Belange der Bürger und sind in ihren Bürgerbüros regelmäßig ansprechbar. In allen Landtagssitzungen begründete der anerkannte Hartz-IV-Sozialexperte und Rechtsanwalt Michael Andrejeweski die NPD-Anträge gegen die

menschenverachtende Hartz-IV-Politik der Altparteien.

Ohne die NPD-Fraktion wäre der Kinderschutz wohl völlig vernachlässigt worden, immer wieder ergriff der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Tino Müller das Wort und setzte sich mit großem Einsatz für die Verbesserung des Schutzes unserer Kinder ein

Und nicht zuletzt hassen die Etablierten Udo Pastörs auch, weil er sich mit einem VW-Passat zufrieden gibt, während die anderen Fraktionschefs auf Kosten des Steuerzahlers auf teure Staatskarossen bestehen. Die Politik der NPD-Fraktion nach fünf Jahren harter Arbeit im Schweriner Schloß:

Bodenständig, volksnah und immer für den Erhalt und die Sicherung des Fortbestandes unseres Volkes!

NPD - die packen an!

Trotz massiver Behinderung und schikanösem Vorgehen kann die NPD-Landtagsfraktion eine beachtliche Leistungsbilanz vorlegen. Die Bilanz der letzten fünf Jahre kann sich sehen lassen.

Die NPD liegt im Vergleich mit den übrigen "Oppositions"-Parteien mit insgesamt 1.465 parlamentarischen Initiativen nicht nur weit vor der FDP (712), sondern auch vor der Linken (1128), die immerhin mehr als doppelt so viele Abgeordnete hat.

Nebenstehend finden Sie einen Auszug unserer Initiativen aus den einzelnen Bereichen der Landes- und Bundespolitik.

| Abgeordnete | NPD (6) | FDP (7) | Linke (13) |
|-----------------------|---------|---------|------------|
| Anträge | 259 | 198 | 325 |
| Änderungs- anträge | 110 | 149 | 158 |
| Kleine Anfragen | 1088 3 | | 626 |
| Große Anfragen | 1 | 2 | 1 |
| Gesetzes- entwürfe | 7 | 12 | 18 |

Quelle: Parlamentsdatenbank (www.landtag-mv.de) Stand: 18.06.2011

SPD/ CDU/ Linke und FDP bedienen sich schamlos aus dem Steuersäckel!

von Stefan Köster

Mit dem Einzug der NPD in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern wurden die Abgeordneten von "Die Linke" bis zur CDU von ihrem hohen Roß heruntergeholt. Seither sehen sich diese feinen Damen und Herren einer echten parlamentarischen Kontrollmacht gegenüber.

Ohne die NPD-Fraktion hätten die Steuergeld-Abzocker von "CDU" bis "Die Linke" weiterhin ungestört die staatlichen Kassen für ihr persönliches Wohlergehen schröpfen können. Damit ist auch jetzt noch nicht Schluß - die Bonzen können aber nun nicht mehr im Verborgenen handeln. Wir wollen dem Treiben aber ein Ende setzen und haben daher Klagen gegen verfassungswidrige Zahlungen an Abgeordnete der anderen Landtagsfraktionen eingereicht. Als einzige Fraktion zahlt die NPD bewußt keine Extra-Zulagen!

Wir sind der Auffassung, daß die Abgeordneten des Landtages sehr gut bezahlt werden. Die Diätenerhöhungen geben wir NPD-Abgeordnete an das Volk zurück und unterstützen z. B. Kinderfeste, verteilen Schulmaterial an Eltern und Kinder sowie andere Sachleistungen.

Daß wir mit unserer Grundhaltung bei den anderen Abgeordneten keine Freude wecken, ist uns bewußt. Dies dürfte auch der Hauptgrund sein, warum den "selbsternannten Demokraten" jedes Mittel recht, ist unser Tun zu kriminalisieren! Tatkräftige Gegenwehr bleibt auch zukünftig unser Markenzeichen.

Darauf können Sie sich verlassen!

Ins - "Rechte" - Licht gerückt!

Die nachfolgenden Tabellen verdeutlichen, welche Fraktionen seit 2006 welche Beträge erhalten haben. Machen Sie sich ein eigenes Bild über die wirkliche Finanzausstattung der Fraktionen im Landtag. Diese Zahlen entstammen den Amtlichen Mitteilungen 5/25 (für das Jahr 2006), 5/73 (für das Jahr 2007), 5/119 (für das Jahr 2008) und 5/152 (für das Jahr 2009).

| Jahr | Zuschüsse an die Fraktionen nach § 54 des Abgeordnetengesetzes | | | | |
|------|--|---------------|----------------|--------------|--------------|
| | SPD*** | CDU**** | Linke*** | FDP** | NPD** |
| 2006 | 219.811,00 € | 213.683,00 € | 188.209,00 € | 142.266,00 € | 126.545,00 € |
| 2007 | 1.318.500,00 € | 1.283.500,00€ | 1.088.500,00€ | 678.500,00€ | 603.500,00€ |
| 2008 | 1.353.805,00 € | 1.317.865,00€ | 1.117.629,00 € | 696.621,00€ | 619.608,00€ |
| 2009 | 1.402.986,00 € | 1.365.738,00€ | 1.158.204,00 € | 721.864,00 € | 642.054,00 € |

| Jahr | Zuschüsse an die Fraktionen für Ausschüsse / Enquete-Kommissionen | | | | |
|------|---|-------------|-------------|-------------|-------------|
| | SPD*** | CDU**** | Linke*** | FDP** | NPD** |
| 2006 | 0,00€ | 6.123,02 € | 0,00€ | 0,00€ | 0,00€ |
| 2007 | 74.608,69 € | 60.980,86 € | 80.530,23€ | 64.495,97€ | 53.068,51 € |
| 2008 | 56.263,64 € | 73.271,40 € | 87.405,92 € | 73.464,08 € | 81.592,96 € |
| 2009 | 59.192,28 € | 79.571,80€ | 80.800,86 € | 79.091,48€ | 64.027,20 € |

| Jahr | Funktionszulagen für die Wahrnehmung besonderer Aufgaben | | | | |
|------|--|-------------|------------|-------------|-------|
| | SPD*** | CDU**** | Linke*** | FDP** | NPD** |
| 2006 | 13.800,00€ | 13.200,00€ | 7.464,00 € | 5.580,80€ | 0,00€ |
| 2007 | 77.677,00€ | 79.200,00€ | 44.784,00€ | 26.787,96 € | 0,00€ |
| 2008 | 77.774,20 € | 79.200,00€ | 44.784,00€ | 30.035,23€ | 0,00€ |
| 2009 | 78.000,00€ | 79.200,00 € | 45.584,00€ | 25.478,30 € | 0,00€ |

Zahlen ab Oktober 2006 (Beginn der 5. Legislaturperiode) *Zahlen ab November 2006 (Beginn der periode) ***Zahlen ab dem 16.10.2006 (Beginn der 5. Legislaturperiode)

5. Legislatur

Arbeitsmarkt: Bedingungen für deutsche Fachkräfte verbessern!

Mit ihrem Antrag zur Verbesserung der Bedingungen für deutsche Fachkräfte am Arbeitsmarkt stachen die Nationalen erneut in ein Wespennest.

Wenn der "Demokratische Block" im Landtag eines nicht verträgt, dann ist es die Wahrheit! Und da ihm diese Wahrheit in jeder Landtagssitzung durch die NPD um die Ohren gehauen wird, befinden sich die Abgeordneten dieses Blocks im Dauerstress.

Ziel des NPD-Antrages war die Forderung, endlich alle Kräfte im Land zu bündeln, um durch Weiterqualifizierungen und Entbürokratisierungen mit der Fata Morgana des Fachkräftemangels aufzuräumen. Ausländische Fachkräfte werden derzeit in Deutschland nicht benötigt um freie Stellen zu besetzen, sie dienen vielmehr dazu, auf dem Arbeitsmarkt Druck aufzubauen, um das Lohnniveau weiter zu drücken.

Der scheidende FDP-Fraktionsvorsitzende Roolf, der selbst von der eigenen Partei nicht wieder als Landtagskandidat aufgestellt wurde, bekannte eingangs seiner Gegenrede, es sei "eine eher unangenehme Aufgabe, zu Anträgen der NPD zu sprechen." Das kann man gut vertsehen, wenn sachliche Argumente fehlen! Zur inhaltlichen Auseinandersetzung

reicht es bei den Altparteien einfach nicht, dies bewies erneut auch die zur unparteiischen Amtsführung völlig unfähige Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider (SPD).

Wenn eines die vielbeschworene "Würde des Hohen Hauses" und den Sinn der Demokratie wirklich untergräbt, dann ist es eine hysterisch agierende Präsidentin, die nur gegen NPD-Parlamentarier Ordnungsrufe am Fließband produziert und damit ungewollt aber eindrucksvoll dokumentiert, was bundesdeutsche Parlamentsdebatten heute in Wirklichkeit sind: Eine einziges und vor allem trauriges Schmierentheater!

"Unsere Stärke ist unser geschlossenes Auftreten"

Der Ordnungsruf im Gespräch mit dem Vorsitzenden der NPD-Fraktion im Landtag von MV, Udo Pastörs.



Fünf Jahre Vorsitzender der NPD-Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. Wie bewerten Sie die zurückliegenden fünf

Sicherlich war für viele Außenstehende überraschend, daß wir von Anfang an offensiv im Landesparlament nationaldemokratische Positionen vertreten haben.

Dies ist, so glaube ich, um so bemerkenswerter da unsere Abgeordneten bei weitem nicht nur den jüngsten Altersdurchschnitt aufweisen, sondern im parlamentarischen Kampf nicht unbedingt über große Erfahrungen verfügten. Zusammenfassend möchte ich sagen:

Unsere Stärke ist und war geschlossenes Auftreten. Fachkompetenz, gepaart mit der notwendigen scharfen Form der Darbietung unserer Redebeiträge. Wir erschöpften uns nicht in langen Erklärungen, was wir nicht wollen, sondern arbeiten deutlich heraus, was wir wollen!

Landtagssitzungen in Schwerin, so die Außenwahrnehmung, war vor allem durch die Auseinandersetzungen der Landtagspräsidentin Bretschneider (SPD) mit den NPD-Abgeordneten geprägt. Wie haben Sie persönlich diese "gnädige Frau" und die "demoselbsternannten kratischen" Fraktionen in den vergangenen Jahren erlebt?

Die Frau Landtagspräsidentin, Frau Bretschneider von der SPD, ist aus unserer Sicht ein Glückfall!

Ihr offen zur Schau gestellter man muß schon sagen Hass, gegen die Mitarbeiter und Abgeordneten der NPD bot uns Gelegenheit diese Dame doch in unsere Strategie "Kampf in den Parlamenten" einzubinden. Frau Präsidentin Bretschneider fehlt es an der notwendigen Souveränität dieses Amt auszuführen.

So die Meinung auch vieler Fachiournalisten, die oft nur mit Kopfschütteln miterleben durften, wie diese Dame ständig bemüht war, mir und meinen Kameraden das freie Wort zu verbieten. Zu den demokratiselbsternannten schen Fraktionen nur soviel:

Mit Ausnahme der SPD-Fraktion gab es selbst bei den Linken in Sachfragen durchaus Gemeinsamkeiten, die sich jedoch nicht in Zustimmung unserer Anträge widerspiegeln durfte, da es hier ja ein generelles Zustimmungsverbot der Blockparteien zu Anträgen unserer Fraktion

Die Kriminalisierung nationaler Aktivisten verschärft sich zunehmend Auch Sie haben mittlerweile Erfahrungen in Verfahren Meinungsdelikten wegen sammeln können. Wie ist es in der BRD um die Meinungsfreiheit bestellt?

Verächtlich machen, kriminalisieren, isolieren, Strafrechtsverschärfung bei Meinungsdelikten und dann noch als ultima ratio! Eine Gefängnisstrafe wegen verbotener Meinungsäußerungen.

Das ist die Klaviatur, auf der dieser BRD-Staat seit Jahren spielt. Doch mit welchem Erfolg?

Nicht nur in den europäischen Nachbarstaaten gibt es Gott sei Dank ein Erstarken nationaler Organisationen. Ob Finnland, die Niederlande, Dänemark oder Ungarn - die Zeichen stehen auf Sturm!

>> Lesen Sie weiter auf Seite 4

HARTZ IV: Strom als Kosten der Unterbringung anerkennen!



Sechs Jahre nach Einführung von Hartz IV wurden die Kosten für Warmwasser, die vorher vom Regelsatz zu bestreiten waren, den Kosten der Unterkunft zugeschlagen.

Diese Veränderung bewirkte, daß die Warmwasserkosten zukünftig vom Leistungsträger zu über-nehmen sind. Da Strom genau wie Warmwasser als existenzielles Grundbedürfnis anzusehen ist, das untrennbar zum Wohnen gehört, hält es die NPD für angebracht, auch hier eine Änderung zu Gunsten der Leistungsempfänger zu er-

Stellvertretend für die "Einheitsliste" aus SPD, FDP, CDU und Stasi-Linke vermochte der SPD-Abgeordnete Jörg Heydorn dieser Argumentation nicht folgen. "Die Leistungsan-sprüche wachsen weiter auf", wenn man die Stromkosten den Kosten für die Unterkunft zuschlägt, so der "Sozialdemokrat".

gelte, solche "Leistungsauswüchse" zu verhindern. Zur "Krönung" seines ansonsten schwachen Wortbeitrages machte er sich mit geschmacklosen Ausfällen gegenüber dem NPD-Abgeordneten Michael Andrejewski auch gleich noch indirekt über Hartz IV-Bezieher lustig. Durchaus naheliegend bei einer Type, die als SPD-Hinterbänkler leicht Geld verdient und schon mal während lau-Landtagsdebatten die Muße findet, lieber mit seinen Hunden spazieren zu gehen, als im Plenarsaal anwesend zu sein.

>> Fortsetzung von Seite 3

Die Völker scheinen die Signale zu hören. Überfremdung, Zerrüttung der Staatsfinanzen, Aushöhlung des Euro, besonders zum Nachteil der nördlichen Kernstaaten der EU, Arbeitslosigkeit, Bildungsnotstand sowie die seelische Verwahrlosung breiter Teile unserer Jugend rufen Gegenreaktionen hervor.

Ja, sie beschwören sie sogar herauf. Auch in MV ist die ganze Fruchtlosigkeit landespolitischer Aktivitäten der Regierenden der letzten 20 Jahre für Jedermann sichtbar.

Ich selbst habe ja mehrere Gerichtsverfahren wegen Meinungsdelikte durchlaufen und empfinde diesen Versuch, mich mundtot zu machen, als Bankrotterklärung des "freiesten Systems" was es je auf deutschem Boden gegeben haben soll. Wo Argumente fehlen, ruft man den Staatsanwalt. Auch das ist aus meiner Sicht ein gutes Zeichen.

Mecklenburg-Vorpommernist, Gesundheitsland"-"Kinderland"- sowie "Tourismusland"-Nummer eins. Es ist doch alles in bester Ordnung, oder etwa nicht?

Wenn man den Märchenerzählern von CDU bis Linkspartei Glauben schenken will, ist das so. Ausgeglichener Haushalt, steigende Zahlen



im Tourismusgeschäft, rückläufige Arbeitslosenzahlen und Kinderland Nr. 1. Schiebt man jedoch den Nebelschleier von Lug und Trug bei Seite, kommt die Wahrheit ans Licht – und die ist grausam:

Jedes dritte Kind in MV lebt in bitterer Armut!

Arbeitslosigkeit hat nur deshalb statistisch abgenommen, weil die Menschen scharenweise jedes Jahr immer noch das Land verlassen. Im Schnitt sind es in erster Linie die Leistungsfähigen, die unserem wunderschönem Bundesland den Rücken kehren. Auch die Werftstandorte an der Küste sind weitgehend zerschlagen, das Land nahezu deindustrialisiert. Mecklenburg-Vorpommern hängt am Tropf von Subventionen.

Jedoch versuchen die Herrschenden einer Theatervorstellung gleich, durch Massentourismus eine Stabilisierung der Beschäftigtenzahlen zu erreichen und somit heile Welt vorzugaukeln. Aber auch dieses Konzept ist bereits jetzt schon gescheitert. Die meist in Konzernhand befindlichen Touristikunternehmen zahlen den Einheimischen Hungerlöhne!

Und durch die EU-Arbeitnehmerfreizügigkeitsregelung strömen bereits seit dem 1. Mai diesen Jahres weitere Massen von Lohndrückerkolonnen aus Polen ins Land und verschäffen die Situation, besonders für kleine Handwerksbetriebe und Arbeitnehmerschaft gleichermaßen.

Wir brauchen keinen Import von Facharbeitern, sondern

müssen durch Weiter- und Umqualifizierung aus eigener Kraft unsere Leistungsfähigkeit erhalten.

Unsere Forderungen, als nationale Opposition, zu diesem Thema sind daher glasklar:

- ► Einführung von Lohngerechtigkeit durch einen schrittweisen Ausstieg aus dem Segmet der Zeit und Leiharbeit.
- Stärkung der Kleinunternehmen und des Mittelstandes durch radikales Umsteuern in den Bereichen Fachkräftemangel.

Hier sprechen wir! www.npd-fraktion-mv.de

Landesbegrüßungsgeld für Neugeborene

Immer mehr Städte und Gemeinden sehen sich finanziell nicht mehr in der Lage, kinderbejahende und familienfreundliche Mittel wie ein kommunales Begrüßungsgeld für Neugeborene auch in Zukunft bereit zu stellen.

Vielerorts wird dieses Geld in Folge knapper kommunaler Kassen nunmehr gestrichen. Mitunter tragen solche Einsparungen - die durch jahrelange Geldkürzungen von der Bundes- und Landespolitik letztendlich zu verantworten sind – zu einem Klima bei, welches den jahrzehntelang anhaltenden Geburtenschwund begünstigt.

Der Parlamentarische Geschäftsführer der NPD-Fraktion, Stefan Köster, sagte diesbezüglich in Richtung der Abgeordneten des Landtages: "Ihre Bevölkerungspolitik, Vertreter von Die Linke, SPD, CDU und FDP, zeichnet sich durch die Bevorzugung von Kinderlosen und Fremden aus!"

Anlaß zur Thematisierung dieses Umstandes, war die Behandlung einer NPD-Initiative, die sich gegen eben diese volksfeindliche Politik richtet.

Mit der Einführung eines Landesbegrüßungsgeldes könnte zumindest das Land die kommunale Tradition weiterführen. Begrüßungsgelder für Neugeborene haben eine wichtige psychologische Signalwirkung auf junge Paare.

Schreiben Sie uns!

